

## Tauwetter in der Taiwanstraße?

[www.kas.de](http://www.kas.de)  
[www.kas.de/china](http://www.kas.de/china)

### Überschattet von den Unruhen in Tibet fanden am 22. März 2008

**Präsidentenwahl in Taiwan statt. Neuer Präsident des Landes wird Ma Ying-jeou, der Kandidat der oppositionellen Guomindang (GMD). Er konnte die Wahl mit 58 Prozent der Stimmen klar für sich entscheiden. Ma steht für einen Kurs der Entspannung gegenüber der Volksrepublik China. Der bisherige Präsident Chen Shui-bian von der Demokratischen Fortschrittspartei (DDP) kam nur auf 41 Prozent der Stimmen.<sup>1</sup> Seine Politik der Unabhängigkeit Taiwans war im Inland wie auch international wiederholt auf Kritik gestoßen. Zur Abstimmung standen darüber hinaus auch zwei Referenden, welche die Regierung aufforderten, einen Antrag auf Aufnahme in die Vereinten Nationen zu stellen – entweder unter dem Namen Taiwan oder dem offiziellen Landesnamen Republik China. Beide Referenden scheiterten deutlich. Sowohl die Volksrepublik als auch die internationale Gemeinschaft hatten sie im Vorfeld der Wahl als eine ernste Gefahr für die Stabilität der Region kritisiert.**

### Doppelsieg der GMD

Bereits bei den Parlamentswahlen im Januar hatte die GMD einen Erdrutschsieg erzielt. Sie verfügt seitdem über 81 der insgesamt 113 Sitze und somit über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Die DDP konnte hingegen nur 27 Sitze erringen.<sup>2</sup>

Ein gutes Abschneiden der GMD war allgemein erwartet worden, das Ausmaß ihres Erfolges war jedoch ein Schock für den amtierenden Präsidenten Chen Shui-bian. Dieser übernahm daraufhin die Verantwortung für die Niederlage und trat von seinem Posten als Parteivorsitzender der DDP zurück. Sein Nachfolger wurde Frank Hsieh. Nach dessen Niederlage in den Präsidentschaftswahlen hat er ebenfalls (nach nur drei Monaten im Amt) seinen Rücktritt vom Parteivorsitz angekündigt.<sup>3</sup>

Das politische System Taiwans ähnelt demjenigen Frankreichs. Auch hier hat man den direkt vom Volk gewählten Präsidenten mit großen Machtbefugnissen ausgestattet, wobei er allerdings auf die Unterstützung durch das Parlament angewiesen ist. Bei den Parlamentswahlen vor acht Jahren wurde die DDP zwar stärkste Fraktion, jedoch hatte das „Blaue Lager“ mit GMD und People First Party (PFP) nach wie vor eine Mehrheit inne. Die Parlamentswahlen im Dezember 2004 brachten hier keine Veränderung. Präsident Chen regierte also während seiner gesamten Amtszeit von acht Jahren in einer taiwanesischen Form der „Co-habitation“.<sup>4</sup> Mit dem doppelten Sieg der GMD sowohl in den Parlaments- wie auch in den Präsidentschaftswahlen

2004 (59,2%). Der deutliche Sieg der KMT täuscht jedoch darüber hinweg, dass 36,9% der Wähler der DDP ihre Stimme gaben, mehr als bei den Wahlen 2001 und 2004. Dass die KMT dennoch eine so hohe Zahl der Mandate errang, liegt in dem hier erstmals angewendeten neuen Wahlverfahren begründet, welches das Parlament um fast die Hälfte verkleinert. Das Wahlverfahren begünstigt die KMT, da einigen bevölkerungsärmeren Bezirken, in denen traditionell die GMD stark ist, nun ein eigener Sitz zusteht.

<sup>3</sup> "DPP considers moving election of chief forward", in: Taipei Times (3.4.2008).

<sup>4</sup> Stefan Friedrich: Nach der Wahl ist vor der Wahl – Eine Analyse der Präsidentschaftswahl auf Taiwan am 20. März 2004, in: KAS-Länderbericht 4/2004.

führt nun erstmals seit 2000 wieder ein Präsident mit einem klaren Mandat das Land.

### Streben nach Unabhängigkeit

In Taiwan leben ca. 24 Mio. Menschen. Hiervon sind – anders als bspw. in der Autonomen Region Tibet – 98 Prozent ethnische Han-Chinesen. Hinzu kommen Angehörige indigener Völker. Diese Zusammensetzung ist das Resultat einer massiven Einwanderung, die sich vom Ende des 17. Jahrhunderts bis in das 20. Jahrhundert hinein erstreckte. Die überwiegende Mehrheit der heutigen Bevölkerung Taiwans (86 Prozent) sind Nachfahren der frühen Immigranten.<sup>5</sup> Die übrigen 12 Prozent setzen sich zusammen aus Chinesen, die erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach Taiwan gekommen sind.

Unter ihnen sind auch jene, die 1949 im Zuge der Niederlage der Nationalisten im chinesischen Bürgerkrieg das Festland verließen. Auf der Flucht vor den Kommunisten setzte Chiang Kaishek mit Teilen der Armee, mit Professoren, Beamten und Industriellen nach Taiwan über und errichtete dort die "Republik China". Die einheimische Bevölkerung wurde in den Folgejahren konsequent unterdrückt, noch bis 1987 galt auf der Insel das Kriegsrecht.<sup>6</sup> Chiang Kaisheks Hoffnung auf eine schnelle Rückeroberung des Festlandes erfüllte sich nicht. Sein Sohn und Nachfolger leitete stattdessen gegen Ende der 80er Jahren die Demokratisierung Taiwans ein. Dies hatte allerdings eine Verschlechterung des Verhältnisses zum Festland zur Folge.<sup>7</sup> Mit der alten diktatorischen Führung hatte

<sup>5</sup> Sie unterteilt sich in zwei Untergruppen: die "Hokkien" oder "Min-nan" machen 70 Prozent der Bevölkerung aus und stammen aus der chinesischen Provinz Fujian; 15 Prozent gehören der Bevölkerungsgruppe der "Hakka" an, die wesentlich häufiger Heiraten mit Angehörigen der eingeborenen Bevölkerung eingegangen sind. Für einen Überblick der Gesichte Taiwans vgl. Oskar Weggel: Geschichte Taiwans. Vom 17. Jahrhundert bis heute. Edition global, München, 2007.

<sup>6</sup> Spannungen zwischen "frühen" und "späten" Immigranten bestehen bis heute fort.

<sup>7</sup> Die ersten Parlamentswahlen fanden 1992 statt, die ersten Präsidentschaftswahlen 1996.

Peking zumindest die Vorstellung von *einem* China geteilt; eine Wiedervereinigung – über die Köpfe der Taiwaner hinweg – war zumindest denkbar. Doch mit der zunehmenden Selbstbestimmung der Taiwaner schwand auch die Hoffnung auf ein Abkommen mit der Volksrepublik. Zudem wuchs in der GMD eine neue Führungsgeneration heran, die sich immer mehr als Chinesen, sondern als Taiwaner verstand. Lee Teng-hui, von 1988 bis 2000 Präsident des Landes, war bereits in Taiwan geboren und vertrat eine wesentlich deutlicher auf Unabhängigkeit abzielende Politik als seine Vorgänger.<sup>8</sup> Im Jahre 1995 bot der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin Taiwan eine Vereinigung nach dem Hongkong-Modell "Ein Land – zwei Systeme" an.<sup>9</sup> Taiwan sollte nach dieser Offerte sogar seine eigene Armee behalten dürfen. Doch Lee Teng-hui lehnte ab. Spätestens jetzt war deutlich, dass Taiwan nach Unabhängigkeit strebte. Peking wurde in der Folgezeit sichtlich nervös. Die Spannungen erreichten ihren Höhepunkt anlässlich der ersten direkten Präsidentschaftswahlen im März 1996. Die Volksrepublik nahm eine drohende Haltung ein und schoss mehrere Raketen auf Zielgebiete vor der Küste Taiwans ab. Noch im selben Jahr nahm die oppositionelle DDP die Forderung nach einer formellen Unabhängigkeitserklärung in ihre Parteistatuten auf.

Als vier Jahre später mit Chen Shui-bian erstmals ein Kandidat der DDP zum Präsidenten gewählt wurde, waren die Befürchtungen groß. Doch Chen zeigte sich anfangs dem Festland gegenüber konziliant und gab in Form der so genannten "Fünf Nein" eine förmliche Garantieerklärung ab: Während seiner Amtszeit werde er nicht die Unabhängigkeit erklären, nicht den Landesnamen ändern, nicht die Verfassung in einem Sinne modifizieren, der die

<sup>8</sup> Während seiner Präsidentschaft wurden wiederholt Vorwürfe laut, Lee verfolge insgeheim die Unabhängigkeit Taiwans. Er wurde im Jahr seines Rücktritts vom Präsidentenamt aufgrund seiner Rolle bei der Gründung der Pro-Unabhängigkeitbewegung "Taiwan Solidarity Union" aus der Guomindang ausgeschlossen.

<sup>9</sup> Das so genannte "Eight-point proposal" ist abrufbar in: People's Daily Online. (<http://english.people.com.cn>)

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**LÄNDERPROGRAMM**

**VOLKSREPUBLIK CHINA**

JOCHEM KLEINING

**16. April 2008**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Existenz zweier unabhängiger Staaten implizieren würde, ferner kein Referendum über die Unabhängigkeit abhalten sowie nicht den Nationalen Rat für Einigung auflösen. Doch im Laufe seiner Amtszeit wurde Chens Chinapolitik zunehmend konfrontativer. Mit einer Politik der kleinen Nadelstiche, zumeist in Form von symbolischen Umbenennungen bspw. von Straßen oder Institutionen brachte er regelmäßig nicht nur die Pekinger Führung sondern auch die Schutzmacht USA gegen sich auf. Nicht wenige sind deswegen der Meinung, Chen habe mit dieser Politik in erster Linie von seinen vielfältigen innenpolitischen Problemen ablenken wollen. Zuletzt hatte der Präsident massiv an Popularität eingebüßt, unter anderem nach Korruptionsaffären, in die auch seine Familie verstrickt war.

### **Wirtschaftliche Abhängigkeit**

So ist auch der Sieg der GMD in den beiden Wahlgängen in diesem Jahr nur sehr bedingt auf die Beliebtheit der Partei sowie von dessen Spitzenkandidaten Ma zurückzuführen. Er ist vielmehr eine Abstrafung des bisherigen Präsidenten Chen Shui-bian. Für viele Bürger ist insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren unbefriedigend verlaufen. Die unteren und mittleren Einkommen sind kaum gestiegen und die Einkommensschere klafft immer weiter auseinander. Das Wirtschaftswachstum (4,4 Prozent in 2007) hinkt hinter dem anderer ostasiatischer Staaten (z.B. Südkorea) hinterher, die Arbeitslosigkeit erreichte zuletzt 3,91 Prozent (2006).<sup>10</sup> Es sind dies Anzeichen einer latenten Unsicherheit über den Status des Landes, die allorts spürbar sind: vom schwachen Binnenkonsum bis hin zu zögerlichen Investitionen taiwanesischer Anleger am heimischen Aktienmarkt. Die Börse in Taipei zeichnet sich gegenwärtig durch eine der niedrigsten Wertschöpfungen in Asien aus. Der Immobiliensektor ist aufgrund schwacher Nachfrage in eine schwere Krise

geraten. Anstatt ihr Geld im Inland zu investieren, haben die Taiwaner ihr Vermögen nach Übersee verfrachtet. Die Investmentbank Morgan Stanley hat einen Kapitalabfluss von über 207 Milliarden US-Dollar im Zeitraum von 2000 bis 2007 errechnet. Grund für das mangelnde Selbstvertrauen sind in erster Linie die Spannungen in der Taiwanstraße.

Die Volksrepublik ist jedoch nicht nur eine Bedrohung für das kleine Taiwan. Der riesige boomende Markt auf dem lediglich 180 Kilometer entfernten Festland bietet auch gewaltige Chancen. Tatsächlich ist die Insel mittlerweile eng mit der Wirtschaft der Volksrepublik verflochten. 50.000 taiwanesische Unternehmen sind gegenwärtig auf dem Festland aktiv, 200.000 Geschäftsleute haben dort ihren festen Wohnsitz. Im vorigen Jahr wurden in die Volksrepublik Produkte im Wert von 100,4 Milliarden US-Dollar exportiert - 12,6 Prozent mehr als 2006. Die Ausfuhren machen 40,6 Prozent der Gesamtexporte Taiwans aus. China hat damit die USA als wichtigstes Exportland für taiwanesische Güter abgelöst. Die zwischen 1991 und 2007 akkumulierten, auf dem Festland getätigten Investitionen belaufen sich auf 63,4 Milliarden, nach inoffiziellen Angaben sogar auf 150 Milliarden US-Dollar.<sup>11</sup>

Dennoch ist es Taiwan nicht gelungen, im gleichen Maße wie andere Länder von der dynamischen Entwicklung der Volksrepublik zu profitieren. Jenseits der Unsicherheit über den fragilen Status des Landes sind es gerade die praktischen Schwierigkeiten, die sich aus diesem Konflikt ergeben. Sie stellen ein wesentliches Hemmnis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Insel dar. So existieren bis heute keine direkten Flug- und Schiffsverbindungen. Waren und Passagiere müssen nach wie vor den Umweg über Hongkong oder über ein Drittland nehmen. Für Touristen aus der VR China gelten ferner strenge Einreisebeschränkungen, vielen taiwanesischen Firmen ist zudem eine Ausweitung ihrer Geschäfte auf dem

<sup>10</sup> Quelle: [www.investintaiwan.com](http://www.investintaiwan.com)

<sup>11</sup> "Taiwan readies for trade surge", in: South China Morning Post (31.3.2008).

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**LÄNDERPROGRAMM**

**VOLKSREPUBLIK CHINA**

JOCHEN KLEINING

**16. April 2008**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Festland aufgrund der aktuell geltenden Bestimmungen untersagt.<sup>12</sup>

Die wirtschaftlichen Kosten, die aus dieser Politik resultieren, sind immens: Die Fluglinien und Speditionsunternehmen, aber auch die zwischen der Insel und dem Festland pendelnden Geschäftsleute leiden schwer unter den fehlenden Direktverbindungen. Die auf dem Festland tätigen Unternehmen versuchen zwar, die für sie geltenden Investitionsbeschränkungen mittels Vertretungen in Hongkong oder Singapur zu umgehen, doch stoßen sie hierbei allzu oft an rechtliche Grenzen. Nicht nur taiwanesische Unternehmer fordern deshalb Verhandlungen mit Peking. Auch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hofft auf eine Belebung der Wirtschaft durch engere Beziehungen zum Festland. Konkret geht es um die so genannten "three links": direkte Verbindungen zwischen Insel und Festland beim Transport, dem Handel sowie bei der Kommunikation.

Die Beziehungen zur Volksrepublik waren deshalb das dominierende Thema des Präsidentschaftswahlkampfes. Die GMD machte Präsident Chen und seine konfrontative Politik gegenüber der Volksrepublik für die unbefriedigende Wirtschaftslage verantwortlich. Umgekehrt kündigte aber auch Frank Hsieh angesichts der offensichtlichen Stimmung in der Bevölkerung einen Kurswechsel an. Dabei blieb der Kandidat der DDP jedoch wesentlich zurückhaltender, während Ma und die GMD offen für einen Friedensvertrag mit Peking eintraten und sogar einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit dem Festland in Aussicht stellten.

Unmittelbar nach seiner Wahl hat Ma Ying-jeou erste konkrete Schritte angekündigt: Künftig soll täglich 3.000 Touristen aus der Volksrepublik der Besuch Taiwans gestattet werden. Auf diese Weise möchte Taipeh jährlich bis zu drei Millionen Touristen und die damit verbundenen Devisen anlocken.

Die bislang einzigen Direktverbindungen in Form von Charterflügen zu bestimmten hohen Feiertagen sollen ab dem 1. Juli 2008 zu regelmäßigen Wochenend-Charterflügen ausgeweitet werden. Die Aufnahme von regulären Direktverbindungen ist für den Juni 2009 geplant. Um den Immobiliensektor aus der Krise zu führen, soll mittelfristig festlandchinesischen Unternehmen die Möglichkeit zu Investitionen gegeben werden. Die Beschränkungen für taiwanesische Firmen bei ihrem Engagement auf dem Festland möchte die Regierung ebenfalls lockern. Vor einer Aufnahme offizieller Verhandlungen mit der Volksrepublik forderte Ma allerdings eine Friedensgeste seitens der Pekinger Führung – in Form einer Reduzierung der 1000 auf Taiwan gerichteten Raketen.

### **Die VR China: Anzeichen von Flexibilität?**

Grundsätzlich ist die Position der Volksrepublik gegenüber Taiwan klar umrissen: Sollte die abtrünnige Insel ihre Unabhängigkeit verkünden, werde es Krieg geben. Bei früheren Wahlgängen hatte Peking dies wiederholt durch rhetorische und militärische Drohgebärden unterstrichen. Am 14. März 2005 wurde vom Nationalen Volkskongress zudem das "Anti-Sezessions-Gesetz" verabschiedet. Die Regierung in Peking schuf damit eine Rechtsgrundlage für eine Invasion im Falle einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans. Dabei geht sie davon aus, dass die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung ein militärisches Vorgehen unterstützen, wenn nicht sogar fordern würde.<sup>13</sup> Das Szenario der Abspaltung Taiwans sowie einer folgenden Invasion durch die Volksbefreiungsmacht steht ebenfalls im Zentrum der sich gegenwärtig vollziehenden Modernisierung und Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte. Waren im Jahr 2000 noch 200 Raketen auf

<sup>12</sup> "Taiwanese elections", in: Financial Times (15.1.2008).

<sup>13</sup> Konrad Seitz: China – Eine Weltmacht kehrt zurück, 2003, S. 426.

Taiwan gerichtet, so hat sich diese Zahl inzwischen verfünfacht.<sup>14</sup>

Dennoch hat Peking wiederholt auch versöhnliche Töne angeschlagen, welche sich jedoch ausschließlich auf die rhetorische Ebene beschränkten. US-Präsident Roosevelts einstiges Motto "Speak softly and carry a big stick" ist deshalb zu einem geflügelten Wort für den Umgang Pekings mit der Taiwanfrage geworden. In jüngster Zeit mehren sich allerdings die Anzeichen, dass Peking tatsächlich bereit ist, zu einem pragmatischeren Ansatz überzugehen. So gingen z.B. von dem 17. Parteitag der KPCh im Oktober 2007 deutliche Signale der Entspannung in Richtung Taiwan aus: Präsident Hu Jintao überging in seinem Rechenschaftsbericht das von Chen Shui-bian initiierte und von Peking als höchst provokativ empfundene Referendum zum UN-Beitritt Taiwans. Zudem verhinderte er die von seinem Vorgänger Jiang Zemin unermüdlich verwendete Formel "not to give up using force to settle the Taiwan issue". Vor allem aber relativierte er die traditionelle Forderung einer "Anerkennung des Ein-China-Prinzips", indem er von einem „gemeinsamen chinesischen Kulturreis“ sprach.<sup>15</sup> Darüber hinaus betonte er den Willen Pekings zu einer friedlichen Wiedervereinigung und ging ausführlich auf verschiedene Pläne für eine engere wirtschaftliche Kooperation ein. Sogar ein mögliches Friedensabkommen stellte Präsident Hu in Aussicht.

Gleichzeitig wurde bei den Parlaments- wie auch bei den Präsidentschaftswahlen auf das in der Vergangenheit übliche Säbelrasseln verzichtet. Aus den Siegen Chen Shui-bians bei früheren Wahlen hat Peking entsprechende Lehren gezogen und sich in diesem Jahr bewusst zurück gehalten, um nicht zusätzlich die

<sup>14</sup> "17th Chinese Communist Party Congress: Policy Implications on Taiwan", in: China Brief Vol. 7, Nr. 21 (14.11.2007).

<sup>15</sup> Im Chinesischen meint der Begriff "Zhongguo" (中国) die tatsächliche Staatlichkeit Chinas, während der von Hu Jintao verwendete Begriff "Zhonghua" (中华) sich allgemeiner auf den chinesischen Kulturreis (Sprache, Kultur, historisches Erbe) bezieht.

nationalistischen Strömungen in der Bevölkerung anzuheizen. In seiner ersten offiziellen Stellungnahme nach den Präsidentschaftswahlen hat Ministerpräsident Wen Jiabao einmal mehr den Willen der Pekinger Führung zu Verhandlungen unterstrichen. Als mögliche Grundlage hierfür erwähnte der Premier den so genannten "1992 consensus".<sup>16</sup> Auf dieser Basis könne über alle Themen diskutiert werden. Die „Three Links“ bezeichnete er als nützlich für die Menschen auf beiden Seiten der Taiwanstraße. Beide Regierungen sollten deshalb "so schnell wie möglich" Verhandlungen auf der Basis des Konsenses von 1992 aufnehmen. Ziel sei letztlich ein Friedensabkommen.<sup>17</sup>

Der Kurswechsel der Pekinger Führung hat verschiedene Gründe: Erstens hat sich offenbar – nach über 10 Jahren zum Teil erheblicher Spannungen – eine gewisse Frustration über die mangelnde Effektivität der bisherigen Taiwan-Politik breit gemacht. Zweitens möchte die Volksrepublik angesichts der Olympischen Spiele negative Schlagzeilen vermeiden. Das gilt erst recht nach den jüngsten Unruhen in Tibet. Die fragile Peripherie des Riesenreiches ist unvermittelt in das Zentrum der Weltöffentlichkeit gerückt. Diplomatische Erfolgsmeldungen werden daher bitter benötigt. Schließlich ist Peking an stabilen wirtschaftlichen Beziehungen interessiert. Nach wie vor ist man auf das Kapital und das Know-How der taiwanesischen Unternehmen angewiesen. Dies gilt umso mehr angesichts einer drohenden Rezession in den USA, welche die vom US-Export abhängige Wirtschaft

<sup>16</sup> Damals hatten Peking und Taipeh bei Verhandlungen in Hongkong sich auf die beiderseitige Anerkennung des Ein-China-Prinzips geeinigt, jedoch gleichzeitig unterschiedliche Interpretationen durch die jeweils andere Seite akzeptiert und somit eine mögliche Basis für Verhandlungen geschaffen. Taipeh versteht unter dem "einen China" jedoch nach wie vor die Republik China, Peking die Volksrepublik.

<sup>17</sup> Die Bemerkungen Wen Jiabao sind eine Ergänzung jüngster Äußerungen von Präsident Hu Jintao während eines Telefongesprächs mit US-Präsident Bush, in dem auch Hu den Willen Pekings zur Wiederaufnahme der Verhandlungen auf Basis der 1992-Konsenses bekräftigt hatte. "Wen makes peace overture to Taiwan", in: South China Morning Post (31.3.2008).

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**  
**LÄNDERPROGRAMM**  
**VOLKSREPUBLIK CHINA**  
 JOCHEN KLEINING

16.April 2008

[www.kas.de](http://www.kas.de)

schwer treffen würde.<sup>18</sup> Verbesserte Wirtschaftsbeziehungen zu Taiwan könnten hier helfen, Direktinvestitionen anzulocken und den chinesischen Außenhandel zu diversifizieren.

### Die USA: Politik der Ambivalenz

Seit Ende des chinesischen Bürgerkrieges waren die USA die alleinige Schutzmacht der "Republik China" und somit der eigentliche Garant für die Existenz Taiwans. Nachdem 1979 diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik aufgenommen wurden, ist das Verhältnis zwischen Washington und Taipei allerdings von Ambivalenz gekennzeichnet. Im gleichen Jahr brach Washington die offiziellen Kontakte ab, gleichzeitig jedoch regelte der "Taiwan-Relations-Act" die Fortführung der Beziehungen auf inoffiziellem Wege (im Wesentlichen über das "American Institute", eine Art Ersatzbotschaft). Zudem wurde Taiwan militärische Unterstützung im Falle eines Angriffs zugesichert. Glaublich zu vermitteln ist diese Form der Doppeldiplomatie kaum: Auf der einen Seite unterstützt Washington die Ein-China-Politik der Volksrepublik, auf der anderen Seite sind die USA nach wie vor der wichtigste Waffenlieferant der taiwanesischen Streitkräfte. In jüngster Zeit waren die USA zudem mit zwei neuen Trends konfrontiert, die den Status Quo zusätzlich bedrohen: Einerseits veränderte Beziehungen zur Volksrepublik, andererseits die konfrontative Politik Taiwans unter Präsident Chen Shui-bian.

Gegenüber Peking hat Washington zuletzt einen recht pragmatischen Kurs eingeschlagen. Grundlegende Wertedebatten wurden vermieden, man konzentrierte sich auf die Beilegung von wirtschaftspolitischen Differenzen. Bei der Regelung von regionalen Konflikten ist mittlerweile eine Kooperation mit dem

Festland für die US-Administration unverzichtbar geworden. Peking wiederum hat in den Sechsparteiengesprächen zur Beilegung der Atomkrise in Nordkorea bewiesen, dass es zunehmend bereit ist, in der Außenpolitik eine verantwortlichere Rolle zu übernehmen. Seitdem haben sich die sino-amerikanischen Beziehungen auf dem Gebiet der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit intensiviert. Erst kürzlich wurde eine militärische "Hotline" eingerichtet, die im Falle einer Krise die schnelle Kommunikation zwischen Peking und Washington sicherstellen und somit eine mögliche Eskalation bereits im Vorfeld verhindern soll.<sup>19</sup>

Die Taiwan-Frage ist derzeit das größte Hindernis für eine weitere Verbesserung der sino-amerikanischen Beziehungen. Sie wurde durch die Politik Chen Shui-bians zuletzt wiederholt auf den Prüfstand gestellt. Washington sah sich mehrfach genötigt, Stellung zu beziehen - eine Situation, die man eigentlich vermeiden wollte. Die Entscheidung fiel dabei immer häufiger zugunsten Pekings aus. So wurde bspw. das Referendum von Seiten der USA scharf kritisiert. Außenministerin Condoleezza Rice verurteilte es als einen "provokativen Schritt". Insgesamt war die Verärgerung über die Politik Chen Shui-bians groß – ebenso wie nun die Erleichterung über den Erfolg der GMD bei den Präsidentschaftswahlen. Ein Vertrauensvorschuss seitens der USA dürfte Ma Ying-jeou daher gewiss sein.

### Die Frage der internationalen Anerkennung und die Referenden zum UN-Beitritt

Es ist eine paradoxe Situation: Taiwan gehört mit seinen 24 Millionen Einwohnern zu den führenden Hightechproduzenten der Welt und nimmt unter den größten Exportnationen den 16. Rang ein. Kaum ein Computer kommt heute ohne taiwanesische Chips und Platinen aus,

<sup>18</sup> Jochen Kleining: Einer ungewissen Zukunft entgegen. Analyse der 1. Sitzung des 11. Nationalen Volkskongresses der VR China, in: KAS-Länderbericht China (4/2008); sowie Britta Schmitz: Die chinesische Wirtschaft zum Jahresende 2007, in: KAS-Länderbericht China (2/2008).

<sup>19</sup> Zum sino-amerikanischen Verhältnis vgl. Bernt Berger: Taiwan in a fix. The Taiwanese elections against the background of a changing security landscape, in: ISS Opinion (11.3.2008).

wirtschaftlich ist Taiwan deshalb eng mit den internationalen Märkten verflochten. Doch auf der politischen Ebene bleibt Taiwan - wie ein Kommentator treffend bemerkte - das "Schmuddelkind in Fernost".<sup>20</sup> Sein Präsident wird von kaum einer Regierung der Welt empfangen, Taiwan ist so gut wie in keiner internationalen Organisation vertreten. Die ohnehin geringe Zahl von Staaten, die Taiwan noch offiziell anerkennen (zumeist Entwicklungsländer), sinkt von Jahr zu Jahr. In einer chinesischen Variante der Hallstein-Doktrin sind Beziehungen mit der Volksrepublik allein unter dem Preis des Abbruchs der diplomatischen Verbindungen zu Taiwan zu haben. Und Peking lockt mit großzügigen Zusagen bei der Entwicklungshilfe sowie mit Investitionsprojekten, bei denen das kleine Taiwan nicht mithalten kann. Zuletzt wechselte der afrikanische Staat Malawi im Januar 2008 die Seiten und nahm offizielle Beziehungen zur Volksrepublik auf - Peking hatte ein 6 Milliarden US-Dollar schweres Finanzpaket in Aussicht gestellt. Seit 2006 ist es bereits das vierte Land (nach Senegal, Tschad und Costa Rica), das sich zu diesem Schritt entschlossen hat. Somit wird Taiwan weltweit von nur noch 23 Staaten anerkannt. Schon bald könnten Guatemala und die Marshall-Inseln folgen.<sup>21</sup>

Als sich US-Präsident Nixon 1972 der Kommunistischen Partei annäherte und die Volksrepublik in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde, hätte Taiwan in der UNO bleiben können. Die Amerikaner hatten einen Vorschlag für eine doppelte Vertretung Chinas gemacht. Die Volksrepublik sollte den Sitz im Sicherheitsrat einnehmen, Taiwan seine Mitgliedschaft als einfaches Mitglied behalten.<sup>22</sup> Doch Chiang Kaishek entschied anders. Der Führer der Guomindang und Mao Zedong waren zwar erbitterte Feinde, sie waren sich allerdings in einem Punkt einig: Es durfte nur *ein China* geben.

<sup>20</sup> Matthias Naß: "Schmuddelkind in Fernost", in: Die Zeit Online (6.12.2007).

<sup>21</sup> "Malawi, Taiwan end 42-year relations", in: Taipei Times (15.1.2008).

<sup>22</sup> "Taiwan steckt China wie eine Gräte im Hals", in: Die Zeit (51/2007).

Seit 1993 stellt die taiwanesische Regierung Jahr für Jahr mit Hilfe der verbliebenen Verbündeten bei den Vereinten Nationen in New York den Antrag auf Aufnahme – regelmäßig wird dieser bereits bei der Abstimmung über die Tagesordnung abgewiesen. Der bisherige Präsident Chen Shui-bian und die DDP initiierten daraufhin im vorigen Jahr ein Referendum, mit dem die Regierung aufgefordert werden sollte, einen Antrag auf Mitgliedschaft künftig nicht mehr wie bislang unter dem Namen „Republik China“ sondern „Republik Taiwan“ zu stellen. Der Initiative lag – unausgesprochen – der Gedanke zugrunde, den Alleinvertretungsanspruch auf China aufzugeben und stattdessen die Unabhängigkeit Taiwans, wenn auch nicht offiziell zu deklarieren, so doch zumindest in Form eines veränderten Antrags auf Mitgliedschaft bei der UNO zu unterstreichen. Dabei hatte das Referendum – charakteristisch für Chens Politik der kleinen Nadelstiche – lediglich symbolischen Charakter: Ein Beitritt hätte nach wie vor von der UN-Vollversammlung gebilligt werden müssen, angesichts der Mitgliedschaft Chinas sowie der weltweiten Unterstützung für Pekings Ein-China-Politik kaum vorstellbar.

Dennoch hat das Referendum international für Kritik gesorgt und Befürchtungen vor einer harschen Reaktion Pekings bei einem positiven Entscheid ausgelöst.<sup>23</sup> Die Volksabstimmung wurde deshalb weithin als Versuch einer versteckten Unabhängigkeitserklärung und damit als eine unnötige Gefährdung des fragilen Status Quo angesehen. Diese Einschätzung war nicht aus der Luft gegriffen. In einer Umfrage äußerten mehr als 42 Prozent der Taiwaner die Meinung, das Referendum stelle einen ersten Schritt in Richtung Unabhängigkeit dar.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Unter anderen hatten sich die Europäische Union, Russland sowie die USA zum Teil scharfe Kritik geübt. Und auch Außenminister Steinmeier ließ Peking in einem Brief wissen, dass Deutschland das geplante Referendum nicht unterstützen. Vgl.: "Sino-German thaw", in: China Daily (21.1.2008).

<sup>24</sup> Alan D. Romberg: Applying to the UN "in the name of Taiwan", in: China Leadership Monitor 22 (3/2007).

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**LÄNDERPROGRAMM**

**VOLKSREPUBLIK CHINA**

JOCHEN KLEINING

**16. April 2008**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die GMD war durch den Vorstoß Chen Shui-bians verunsichert. Sie fürchtete, dem Präsidenten könne es wie schon in vorangegangenen Wahlgängen gelingen, durch eine pro-nationalistische Politik auch weiter von den innenpolitischen Problemen abzulenken und die Wahl auf diese Weise für sich zu entscheiden. Daher zog sie mit einem eigenen Referendum nach. Dieses fiel jedoch in seiner Formulierung sehr vage aus und verdeutlichte das Lavieren der GMD in dieser Frage. Kernaussage des Vorschlags war, den Antrag auf Mitgliedschaft bei der UNO unter dem Namen „Republik Taiwan“ oder „unter einem anderen Namen“ zu stellen, was allerdings nicht weiter ausgeführt wurde. Der Sinn des GMD-Vorschlags blieb vielen Beobachtern deshalb ein Rätsel, doch durch die Nicht-Verwendung des Begriffes „Taiwan“ hatte er immerhin einen deutlich weniger konfrontativen Charakter als der Vorschlag der DDP.

Insgesamt plädierten schließlich 5,5 Millionen Wähler dafür, dass Taiwan künftig einen Antrag auf UN-Mitgliedschaft unter dem Namen "Taiwan" stellen solle. Für einen UN-Beitritt als "Republik China" oder unter einem anderen Namen" stimmten 4,9 Millionen. Für eine Annahme des Referendums wären allerdings mindestens 8,5 Millionen Stimmen notwendig gewesen. Beide Referenden sind somit deutlich gescheitert. Entsprechend groß war die internationale Erleichterung.

### **Eine gereifte Demokratie**

Angesichts der außenpolitischen Implikationen gerät ein bedeutender Aspekt dieser Wahlen leicht aus dem Blickfeld. Es waren die ersten freien Präsidentschaftswahlen, die ohne jegliche Vorfälle, Störungen oder Demonstrationen von statten gingen. Dies ist für die noch junge demokratische Geschichte Taiwans alles andere als selbstverständlich.

Der erste demokratisch herbeigeführte Machtwechsel im Jahr 2000 verlief zwar ebenfalls friedlich, doch fiel der GMD die Einsicht in ihre Niederlage noch sichtlich schwer: Zehntausende folgten ihrem Aufruf

zu Massendemonstrationen, die Situation war gespannt. Vier Jahre später eine erneut explosive Situation: Am Vortag der Präsidentschaftswahlen kommt es zu einem Attentatsversuch auf den amtierenden Präsidenten Chen Shui-bian. Von einem Unbekannten wird Chen im fahrenden Auto in den Bauch geschossen. Seine Vizepräsidentin Annette Lu erleidet ebenfalls Verletzungen. Die Umstände des Attentats konnten nie aufgeklärt werden. Unverzüglich kamen Gerüchte auf, das Attentat sei von der DDP inszeniert worden, um die Wiederwahl Chen Shui-bians zu sichern. Das überaus knappe Wahlergebnis (Chen gewann mit einem hauchdünnen Vorsprung von lediglich 0,2 Prozent) war daraufhin überschattet von heftigen Protesten der Opposition gegen die „unfairen Wahlen“. Nicht nur wegen des knappen Wahlausgangs, sondern auch wegen der ungeklärten Umstände des Attentats demonstrierten Oppositionsanhänger über eine Woche lang vor dem Präsidentenpalast. Den Höhepunkt bildete eine Großdemonstration von 500.000 Menschen in Taipeh. Taiwan stand am Rande einer Staatskrise.

Der diesjährige Machtwechsel verlief hingegen ohne jede Zwischenfälle, das Ergebnis blieb unwidersprochen. Zu deutlich war wohl auch die Niederlage der DDP. Die routinierte Machtübertragung danach an die Opposition darf deshalb als ein wichtiges Signal gewertet werden, dass das politische System der Insel gereift ist.

### **Fazit: "It's the economy, stupid!"**

Außenpolitik und binnenwirtschaftliche Entwicklung sind im Falle Taiwans eng miteinander verflochten. Der überragende Wahlsieg Ma Ying-Jeou muss deshalb vor diesem Hintergrund gesehen werden. Er ist kein Beweis dafür, dass sich die Haltung der Taiwaner gegenüber dem Festland substanziell geändert hätte. Für die Wähler standen vielmehr innenpolitische Fragen im Mittelpunkt: Zuvor der ging es um ein Ende der von vielen als Misswirtschaft empfundenen Politik Chen Shui-bians, um den Wunsch nach einer korruptionsfreien Führung sowie insbesondere um die

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**LÄNDERPROGRAMM**

**VOLKSREPUBLIK CHINA**

JOCHEN KLEINING

**16.April 2008**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Hoffnung auf eine Belebung der Wirtschaft. In einer Umfrage kurz vor der Wahl gaben dementsprechend 63,6 Prozent der Befragten an, die Förderung der Wirtschaftsentwicklung sei die vorrangige Aufgabe der neuen Regierung.<sup>25</sup>

Dennoch ist es erstaunlich, dass die Furcht vor einer Vereinnahmung durch die Volksrepublik, die in Taiwan traditionell zu den wichtigsten Themen von Präsidentschaftswahlen gehört, in diesem Jahr nur eine untergeordnete Rolle spielte. Sicherlich hat Peking aus den vergangenen Wahlen gelernt und sich in diesem Jahr ganz bewusst zurückgehalten. Allerdings hätten die Unruhen in Tibet in einem weit größeren Maße als es der Fall war, das Wahlergebnis beeinflussen müssen. Doch Slogans wie "heute Tibet, morgen Taiwan" verfingen nicht.

Dazu beigetragen hat sicherlich auch der Präsidentschaftskandidat Ma Ying-jeou. Im letzten Fernsehduell beider Kandidaten vor der Wahl erklärte Ma in einem emotionalen Statement, er sei Taiwanese, er esse taiwanesischen Reis, trinke taiwanesisches Wasser und seine Asche werde einst in Taiwan verstreut werden. Damit sprach er der Mehrzahl der Menschen aus der Seele. Jüngsten Umfragen zufolge bezeichnen sich 71 Prozent der Bevölkerung Taiwans als ausschließlich taiwanesisch, 21 Prozent als Taiwanese und Chinesen und lediglich 5 Prozent als Chinesen. 63 Prozent betrachten Taiwan hingegen als ein unabhängiges, souveränes Land.<sup>26</sup> Andererseits ist sich aber auch die Mehrheit der Taiwaner ihrer Abstammung und ihrer Zugehörigkeit zum chinesischen Kulturkreis bewusst. Mit Ma Ying-jeou gelang es erstmals einem Repräsentanten der GMD, diese ambivalente Identität zu verkörpern, glaubwürdig als Vertreter eines taiwanesischen Nationalgefühls aufzutreten und gleichzeitig für eine Annäherung an das Festland zu plädieren. Mit der Vereinnahmung nationalistischer

Strömungen hat er die DDP um einen entscheidenden Teil ihres Wählerpotentials gebracht.

Genau aus diesem Grund ist aber auch eine dramatische Verbesserung des Verhältnisses zwischen Insel und Festland unwahrscheinlich. Das Identitätsgefühl der Taiwaner ist in der Vergangenheit eher stärker als schwächer geworden, die grundlegenden Differenzen zwischen Peking und Taipeh sind weiterhin groß.<sup>27</sup> Angesichts seines im Wahlkampf verfolgten moderat nationalistischen Kurses und der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung könnte der Spielraum des neuen Präsidenten hinsichtlich substanzialer Zugeständnisse begrenzt sein.

Für eine Annäherung im Alltag, hier insbesondere im Bereich der Wirtschaft, bietet sich jedoch nun ein Zeitfenster für praktische Erleichterungen, wie es seit Jahren nicht mehr bestanden hat. Viel hängt jetzt davon ab, ob Peking bereit ist, seine starre Position zu relativieren und durch pragmatische Kompromisse Ma Ying-jeou den Rücken zu stärken. Die sich andeutende Flexibilität in der Frage der "Ein-China"-Formel lässt genau dies erhoffen. Ein weiteres wünschenswertes Signal wäre die Zustimmung Pekings zu einem Beitritt Taiwans zur WHO. Umgekehrt liegt es an Ma, die zerstrittene Guomindang dauerhaft auf seinen Kurs einzuschwören und insbesondere auch die endemische Korruption im politischen Systems Taiwans zu beenden. Nur so kann er die nötige innenpolitische Legitimität für substanziale Verhandlungen mit der Volksrepublik sicherstellen.

**Annex: Ma Ying-jeou, der neue Präsident Taiwans:**

Ma Ying-jeou wurde 1951 in Hongkong als Sohn von aus der chinesischen Provinz Hunan stammenden Eltern geboren. Im Alter von einem Jahr siedelte die Familie nach Taiwan über. Ma studierte Rechtswissenschaft an der National Taiwan

<sup>25</sup> „Taiwan: Referendum über UN-Beitritt Taiwans ist gescheitert“, in: Schweiz Magazin Online (23.3.2008).

<sup>26</sup> „It's party time“, in: South China Morning Post (26.3.2008).

<sup>27</sup> „Ma's mandate to get relations back on track“, in: South China Morning Post (27.3.2008).

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**LÄNDERPROGRAMM**

**VOLKSREPUBLIK CHINA**

JOCHEN KLEINING

**16.April 2008**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

University in Taipeh; es folgten Aufbaustudien in den USA – an der New York University, anschließend in Harvard. Im Jahre 1981 kehrte er nach Taiwan zurück. Hier arbeitete er zunächst als Assistent und Übersetzer des Präsidenten Chiang Ching-kuo, bis er 1989 im Alter von 38 Jahren den Vorsitz der Kommission für Forschung und Entwicklung im Parlament übernahm. Von 1993 bis 1996 hatte Ma das Amt des Justizministers inne. Hier erwarb er sich den Ruf eines Kämpfers gegen die Korruption, was ihm Sympathien in der Bevölkerung, allerdings auch Feinde innerhalb der eigenen Partei einbrachte. Auf parteiinternen Druck hin zog er sich 1996 aus der Politik zurück, nicht wenige hielten seine politische Karriere damit für beendet. Doch bereits im Jahr 1998 trat Ma für die GMD bei den Bürgermeisterwahlen in Taipeh an und traf hier auf den späteren Präsidenten Chen Shui-bian. Er gewann die Wahl, obwohl Umfragen Chen zuvor Zustimmungsraten von bis zu 80 Prozent attestiert hatten. Im Jahr 2002 wurde Ma erneut für eine weitere Wahlperiode zum Bürgermeister, in 2005 zusätzlich zum Parteivorsitzenden der GMD gewählt. Vorwürfe, er habe in seiner Funktion als Bürgermeister öffentliche Gelder in Höhe von 339.000 US-Dollar veruntreut, zwangen ihn Anfang des Jahres 2007 zum Rücktritt von beiden Ämtern. Das folgende Jahr verbrachte Ma vornehmlich vor Gericht, wo er sich selbst gegen die Anschuldigungen verteidigte. Noch während des laufenden Verfahrens wurde er von der GMD als Präsidentschaftskandidat nominiert. Im Dezember 2007 wurde Ma schließlich von allen Vorwürfen freigesprochen, woraufhin er unverzüglich seine Wahlkampfkampagne startete.